

5. Die indigene Organisationsfähigkeit und Selbstverwaltung in der Krise

Nachdem eine erste Annäherung an das *Territorio Indígena Parque Nacional Isiboro Sécuré* und die Genese des Widerstands erfolgt ist, stehen in den folgenden vier Kapiteln die Akteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung im Fokus. Dabei sollen die Blackbox der sozialen TIPNIS-Bewegung geöffnet und die Framings ihrer Akteur*innen systematisch aufgezeigt werden. Die Struktur der Analyse richtet sich nach den übergreifenden Deutungsmustern, die in der Framing-Literatur als Masterframes bezeichnet werden. Dazu werden verschiedene Diagnose-, Prognose- und Motivationsframes beleuchtet, die als Deutungsbausteine der untersuchten Masterframes verstanden werden können. Anhand der Frame-Kodierungen, die nach der im Methodenteil erläuterten Vorgehensweise aus den Interviews generiert wurden, ist zu erkennen, welche sozialen Probleme im Framing der Widerstandsakteur*innen relevant sind. Ein erster Masterframe lässt sich in einem komplexen Problembereich identifizieren, der sich als Krise indigener Organisationsfähigkeit und Selbstverwaltung beschreiben lässt. Diese zeichnet sich durch die Fragmentierung von Indigenenorganisationen sowie durch interne Spaltungen in ihren Führungszirkeln aus und prägte, wie nachfolgend deutlich werden wird, die Konfliktpause von 2017 bis 2019.

Der Beginn der Institutionalisierung der indigenen Selbstverwaltung im Territorium kann in die Gründungsphase der ersten territorialen Indigenenorganisationen im TIPNIS zurückdatiert werden. Wie bereits erwähnt, wurde die *Subcentral de Cabildos Indigenales de la Región Isiboro Sécuré* im Jahr 1988 auf einem Corregidorentreffen in Puerto San Lorenzo am Río Sécuré gegründet, die seit der Umbenennung des PNIS in TIPNIS 1990 unter dem Namen *Subcentral TIPNIS* firmiert. Auf dieser Versammlung wurde außerdem die dazugehörige Frauenorganisation *Subcentral de Mujeres del TIPNIS* eingeführt. 1998 kam es zu einer ersten Abspaltung. 15 Yuracaré- und Moxeño-Gemeinden im südlichen Teil des Territoriums, von denen die meisten innerhalb der »roten Linie« eingeschlossen waren, organisierten sich, wie bereits erwähnt, in einem gemeinsamen Kollektiv mit dem Namen *Consejo Indígena del Sur* (CONISUR) und näherten sich immer mehr den Positionen der

Siedler*innen des Polygon 7 an (Plata/Martínez 2017: 18).¹ Auf diese Weise verkleinerte sich der Einflussbereich der *Subcentral TIPNIS*, die mit Entstehung des später von der Siedlergemeinschaft dominierten CONISUR aus dem Polygon 7 herausgedrängt wurde.

Im Jahr 2001 musste die Ursprungsorganisation eine weitere Spaltung hinnehmen als sich eine dritte Territorialorganisation gründete. Für diesen Bruch war Marcial Fabricano verantwortlich, der Mitbegründer und erste *presidente* der *Subcentral TIPNIS* sowie Mitinitiator des Ersten Protestmarschs von 1990 (Albó 2012: 189). Trotz seiner Verdienste für den indigenen Protest in Bolivien fiel der »histórico líder indígena« (Justel/Cauthin 2017: 6) innerhalb der *Subcentral TIPNIS* in Ungnade.² Fabricano wurde zur Last gelegt, sich 1990 aus persönlichen Profitinteressen an Verkaufsverhandlungen über Mahagoni-Holz (*mara*) aus dem *Territorio Indígena Multiétnico* (TIM) im Wert von zwei Millionen US-Dollar beteiligt zu haben (La Razón 23.05.2012). 2001 gründete Fabricano die *Subcentral de Comunidades Indígenas del Río Sécure del TIPNIS*, kurz *Subcentral Sécure*, die umgehend von der Regionalorganisation CPIB anerkannt wurde. Berichten der *Subcentral TIPNIS* zufolge soll er mit diesem Schritt das Ziel verfolgt haben, die illegale Holzextraktion in Gemeinden im nördlichen TIPNIS an den Ufern des Río Sécure zu fördern, die sich der *Subcentral Sécure* angeschlossen hatten (Albó 2012: 189). Zu diesem Zeitpunkt war Fabricano, der von 1994 bis 1996 sowie von März bis August 2002 Vorsitzender der CIDOB war, mit der neoliberalen MNR-Partei vernetzt. 2002 wurde der Moxeño-Trinitario auf Vorschlag von Präsident Sánchez de Lozada zum Vizeminister für indigene Angelegenheiten (*viceministro de Asuntos Indígenas*) ernannt. Zudem unterhielt er enge Verbindungen zu Miguel Majluf, Senator des MNR im Kongress und Bruder des Besitzers von Fátima, einer von drei privaten Holzfällerunternehmen, die 2003 im nördlichen TIPNIS illegale Fällungen durchführten.³ Diese illegale Holzextraktion wurde von Marcial Fabricano gedeckt, der über familiäre Beziehungen Einfluss auf die Führungsriege der *Subcentral Sécure* ausübte (Agencia de Noticias Fides 09.09.2004).

Trotz der Abspaltungen des CONISUR und der *Subcentral Sécure* blieb die *Subcentral TIPNIS* die größte der drei Territorialorganisationen. Die Anzahl der Gemeinden, die sich an die jeweiligen Territorialorganisationen angliederten, variierten über die Jahre. Die *Subcentral TIPNIS* vereinte stets mehr als die Hälfte aller

¹ Zu den indigenen Gemeinden, die sich dem CONISUR anschlossen, zählen Limo, Santo Domingo, Santa Anita, San Benito, Sanandita, La Angosta, San Antonio, Tres de Mayo, San Jorgito, San Juan del Ichoa, Santísima Trinidad, Puerto Patiño, Villa San Juan, San Miguelito und Santa Teresa (Plata/Martínez 2017: 18).

² Übersetzung: »historischer Indigenenführer«.

³ Die anderen beiden Unternehmen waren San Ambrosio und Herber (Agencia de Noticias Fides 09.09.2004).

Gemeinden auf sich. Die restlichen Gemeinden schlossen sich der *Subcentral Sécuré* und dem CONISUR an. Vor dem Gesetz gelten die drei indigenen Territorialorganisationen – *Subcentral TIPNIS*, CONISUR und *Subcentral Sécuré* – gleichberechtigt als Rechtssubjekte. Doch muss erwähnt werden, dass die *Subcentral TIPNIS* sowohl die *Subcentral Sécuré* als auch den CONISUR nicht als rechtmäßige Organisationen anerkennt (Roncken 2019: 209; Interview Izurieta 15.06.2019).

Im Fall des CONISUR lässt sich dies anhand einer Resolution nachvollziehen, die am 19. Mai 2010 von Autoritäten der indigenen Gemeinden auf der sogenannten XXIX. Außerordentlichen Versammlung im Cabildo der Gemeinde San Migue-lito del Río Isiboro im TIPNIS gefasst wurde. Aus diesem Dokument geht hervor, dass die versammelten Autoritäten die organisatorische Spaltung (*división organizativa*) als schwerwiegendes soziales Problem einstuften. Als Konsequenz beschlossen sie, den Status des CONISUR als indigenes Repräsentationsorgan des TIPNIS abzuerkennen, da dieser aufgrund seiner politischen Nähe zur Siedlergemeinschaft als Störfaktor für die organisatorische Einheit des Territoriums betrachtet wurde. Zudem hielten die Corregidores und Gemeindevertreter*innen die Absicht fest, beim Munizipien-Rat von Villa Tunari die Aberkennung des CONISUR als Rechts-subjekt zu beantragen. Für die Umsetzung der in der Resolution genannten Maßnahmen wurden die *Subcentral TIPNIS*, die Regionalorganisation CPEM-B und die überregionale CIDOB von der Basis mandatiert (Archivo Documental Isiboro Sé-cure n. d.). Doch obwohl sich die drei Organisationen der Aufgabe annahmen, den CONISUR zur Auflösung zu bewegen, setzte sich der CONISUR über die Resolu-tion 0004 hinweg und blieb weiterhin aktiv. Statt die organisatorische Einheit zu erreichen, verfestigte sich die Rivalität der Indigenenorganisationen um Einfluss im Territorium.

Allerdings ist das Problem der Fragmentierung der Indigenenorganisationen, das hier aufgezeigt wird, nicht auf die territoriale Ebene beschränkt. Um das kom-plexe Bild zu vervollständigen, müssen auch die regionalen und nationalen indige-nen Dachverbände betrachtet werden, an die die Territorialorganisationen jeweils angegliedert sind. Im Fall des TIPNIS haben sich die drei Territorialorganisationen in unterschiedliche Richtungen orientiert: Während der CONISUR zur *Coordinado-ra de los Pueblos Indígenas del Trópico Cochabambino* (CPITCO) gehört, gliedert sich die *Subcentral Sécuré* an die *Central de Pueblos Indígenas del Beni* (CPIB) an. Bei CPITCO handelt es sich um eine Indigenenorganisation, die 1997 in Villa Tunari im Departement Cochabamba als Repräsentanz von Yuracaré-, Yuquí- und Moxeño-Trinitario-Gemeinden gegründet wurde, die an den Ufern der Flüsse Chapare, Ichilo, Chimo-ré, Isiboro, Ichoa und Moleto lagen. Die aus der *Central de Cabildos Indigenales Moxe-nos* (CCIM) hervorgegangene CPIB wurde 1989 von insgesamt 18 indigenen Völkern des Beni eingerichtet und verfügt über ein Büro in Trinidad (Guzmán 2020: 1).

Auch die im Jahr zuvor gegründete *Subcentral de Cabildos Indigenales de la Región Isiboro Sécuré*, die spätere *Subcentral TIPNIS*, hatte sich zunächst der CPIB ange-

schlossen. Dies änderte sich mit zunehmender Fragmentierung der CPIB. Innerhalb der CPIB entstand eine Unterorganisation, die den Namen *Central de Pueblos Étnicos Moxeños del Beni* (CPEM-B) erhielt. Diese sollte sich ursprünglich im Auftrag der CPIB um die Belange von Moxeño-Gemeinden im Departement Beni kümmern. Aufgrund politischer Differenzen (die CPEM-B weigerte sich, die Anerkennung der *Subcentral Sécuré* mitzutragen) agierte die CPEM-B zunehmend autonom, löste sich 2002 von ihrer Mutterorganisation und nahm ein rivalisierendes Verhältnis zur CPIB ein (Albó 2012: 189). Mittlerweile hat sich die CPEM-B erfolgreich als Akteurin etabliert und die *Subcentral TIPNIS* in ihren Verantwortungsbereich aufgenommen. Sie ist nicht mehr nur für Moxeños, sondern auch für Movimas, Chimanés und Yuracarés zuständig.⁴

Auf nationaler Ebene sind alle genannten Organisationen Mitglieder der schon seit 1982 existierenden Konföderation der indigenen Völker Boliviens (CIDOB). Des Weiteren kooperieren Widerstandsakteur*innen dieser Organisationen auf transnationaler Ebene mit der *Coordinadora de las Organizaciones Indígenas de la Cuenca Amazónica* (COICA). Bei dieser handelt es sich um einen 1984 in Lima (Peru) gegründeten, transnationalen indigenen Dachverband, der sich aus neun nationalen Indigenenorganisationen der Anrainerstaaten des Amazonasbeckens zusammenschließt (COICA n. d.).⁵

5.1 Das Problem der internen Spaltung der Indigenenorganisationen

Neben dieser fragmentierten Organisationen-Landschaft der indigenen Völker muss der Umstand beachtet werden, dass die meisten Indigenenorganisationen, zu deren Verwaltungs- und Einflussbereich das TIPNIS gehört, intern gespalten sind. Dies zeigt sich konkret in der Existenz zweier rivalisierender, institutionalisierter Führungszirkel. Mit Führungszirkeln sind die Leitungsteams der Indigenenorganisationen gemeint. Im Spanischen wird dafür das Wort *dirigencia* verwendet. In der Regel verfügen diese *dirigencias* über eine oder einen Vorsitzenden (*presidente*) sowie eine oder einen Vizevorsitzenden (*vicepresidente*). Zusätzlich können auch Sekretär*innen (*secretarias* und *secretarios*) für bestimmte Themen mitwirken. Beispielsweise verfügte die CPEM-B zum Erhebungszeitraum über

4 Der Einfluss der CPEM-B zeigte sich u.a. im Jahr 2004 als mit Sixto Vejarano ein CPEM-B Vertreter zum Bürgermeister von San Ignacio de Moxos gewählt wurde (Laing 2015: 163).

5 Die COICA koordiniert Forderungen für die Durchsetzung indigener Rechte. Sie fordert sowohl Territorialrechte auf lokaler Ebene als auch Normen indigener Rechte auf internationaler Ebene ein. Eine wichtige Rolle spielte sie in den Debatten, die 1989 zur Entstehung der ILO-Konvention 169 geführt hatten (Laing 2015: 159).

Sekretär*innen für Entwicklung, natürliche Ressourcen, Umwelt und indigene Justiz (Interview Uche 02.08.2019).

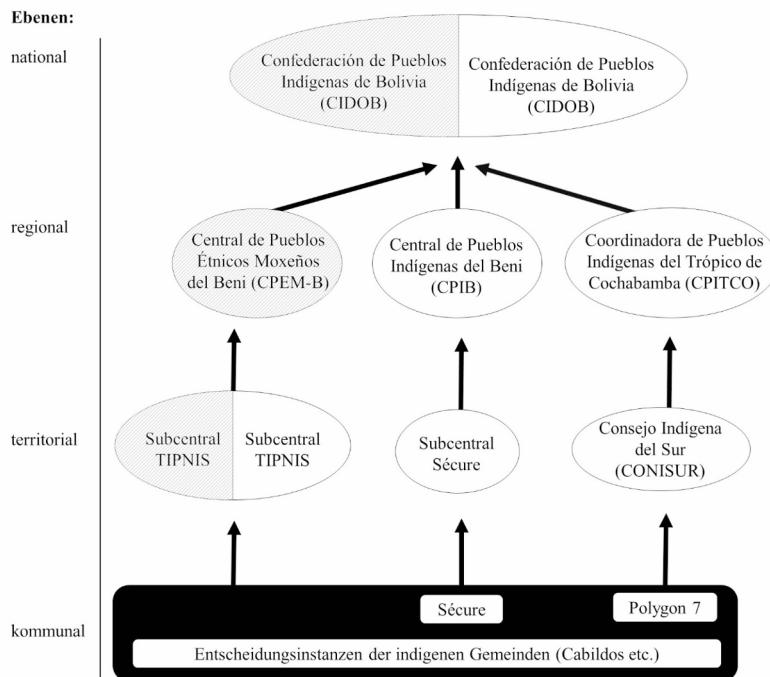
Die Situation der internen Spaltung trifft besonders auf die *Subcentral TIPNIS*, die dazugehörige Frauenorganisation *Subcentral de Mujeres del TIPNIS* sowie die CIDOB zu. Aber auch innerhalb der *Subcentral Sécuré* konnte während der Feldforschung um Emilio Noza ein Kreis von Widerstandsakteur*innen identifiziert werden, die sich von der regierungsnahen *Subcentral Sécuré* um Carlos Fabricano abgrenzten. 2010 hatte Noza selbst das Amt des Vorsitzenden der *Subcentral Sécuré* inne. Er engagierte sich im Achten und Neunten Protestmarsch und galt als Verfechter des Schutzgesetzes 180 (Interview Noza 22.07.2019). Im April 2012, wenige Tage vor Beginn des Neunten Protestmarschs, besetzte eine Gruppe um Carlos Fabricano das Büro der *Subcentral Sécuré* in Trinidad. Der Moxeño-Trinitario Carlos Fabricano, der ursprünglich aus San Ramoncito im Zentral-TIPNIS stammt, lebte zu diesem Zeitpunkt in der Sécuré-Gemeinde Oromomo. Diese hatte Evo Morales im Anschluss an den CONISUR-Protestmarsch und die Verabschiedung des *consulta*-Gesetzes (Ley 222) zwei Mal besucht. Carlos Fabricano beschuldigte Noza, sein Amt trotz Ablauf seines Mandats selbstständig verlängert zu haben und ernannte sich selbst zum neuen *presidente* der *Subcentral Sécuré* (CEDIB 10.04.2012). Einen Monat später veröffentlichte *La Razón* einen Artikel, in dem Noza vorgeworfen wurde, wie sein Vorgänger Marcial Fabricano in illegale Holzgeschäfte verwickelt gewesen zu sein (*La Razón* 23.05.2012).

Ein weiterer Widerstandskreis konnte innerhalb der CPIB um Nazareth Flores festgestellt werden, der von der Linie der regierungsnahen CPIB um Sonia Ave abwich. Von 2010 bis 2012 hatte die Angehörige des Itonama-Volks den Vizevorsitz ihrer Organisation inne. Ähnlich wie im Fall der *Subcentral Sécuré* kam es bei der CPIB im Jahr 2012 zum internen Bruch. Der damalige Vorsitzende der CPIB (und spätere Vorsitzende der CIDOB) Pedro Vare hatte sich geweigert, sich dem Neunten Protestmarsch anzuschließen. Dies rief im Mai 2012 den Unmut eines Teils der CPIB um Nazareth Flores hervor, die sich von Vare abwandten (*La Razón* 12.05.2012; Interview Flores 16.05.2019).

Die *Subcentral TIPNIS* wurde zum Feldforschungszeitpunkt von Domingo Nogales der Yuracaré-Ethnie geleitet, dem mit der Moxeña-Trinitaria Cecilia Moyoviri eine Widerstandsakteurin mit Anspruch auf die Führung der *Subcentral TIPNIS* gegenüberstand. Moyoviri war offiziell Vizevorsitzende der Widerstandssubzentrale, doch aufgrund der Tatsache, dass sich der eigentliche Vorsitzende Fabián Gil aus den Aktivitäten der Subzentrale zurückgezogen hatte, übte sie kommissarisch seine Funktionen aus (Interview Moyoviri 19.06.2019). Bei der Frauenorganisation *Subcentral de Mujeres del TIPNIS* waren es die mit Domingo Nogales kooperierende Raquel Moya und die Widerstandsakteurin Marquesa Teco, die um die Legitimität ihres Führungsanspruchs konkurrierten. Bei der CIDOB standen sich Pedro Vare und der Widerstandsakteur Tomás Candia gegenüber. Die Situation der inter-

nen Spaltung der *dirigencias* wird in folgender Abbildung (Abbildung 5) schematisch dargestellt.

Abbildung 5: Die Organisationsstruktur des TIPNIS



Intern gespaltene Organisationen, die über zwei getrennte, institutionalisierte Leitungsteams verfügen, sind durch einen Trennstrich gekennzeichnet; hervorgehoben sind die Leitungsteams, die aus Sicht der sozialen TIPNIS-Bewegung zum Allianzsystem gehören; eigene Darstellung; Grafik ist in ähnlicher Weise in einem Artikel des Autors erschienen (Görgens 2022: 216; Angabe siehe »Über den Autor«).

5.2 Divide et impera: Wie die MAS-Regierung die interne Spaltung vorantrieb

Gonzalo Colque (2017: 26), wissenschaftlicher Mitarbeiter der *Fundación Tierra*, führt die Situation der internen Spaltung auf eine Regierungspolitik des divide et impera zurück. Diese Sichtweise spiegelte sich auch in einem weit verbreiteten Framing wider, bei dem Akteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung die

Morales-Regierung für die Krise der Indigenenorganisationen verantwortlich machten. Die neunundvierzigjährige Widerstandsakteurin Nazareth Flores (CPIB) erklärte, dass die Morales-Administration systematisch versucht habe, Indigenenführer*innen auf ihre Seite zu ziehen und in den Staat zu integrieren, um den Widerstand zu brechen. Diese Strategie habe sie seit dem Protestmarsch von 2011 und den Vorkommnissen in Chaparina festgestellt, die zu einer Abkehr vieler Indigenenorganisationen von der MAS-Parteilinie und vom *Pacto de Unidad* geführt hatten (Interview Flores 16.05.2019): »el Gobierno [...] husmeó en la vida de todos los dirigentes para agarrarlos, tenerlos a su lado y decirles: «O me apoyas o te vas preso.» [...] Se ha metido en el tema de la gente, de los dirigentes y los ha corrompido y los ha llevado a su lado« (Interview Flores 16.05.2019).⁶ Widerstandsakteur*innen beklagten eine starke Einmischung der MAS-Regierung in interne Angelegenheiten des TIPNIS, durch die die organisatorische Einheit zerbrochen sei.

Diese These wurde auch von Alcides Vadillo (Interview 20.05.2019), zum Erhebungszitraum Regionaldirektor des Büros der *Fundación Tierra* in Santa Cruz de la Sierra, unterstützt. Laut Vadillo war es ein wesentliches Element dieser »política de división«,⁷ indigene Autoritätspersonen unter Druck zu setzen (Interview Vadillo 20.05.2019). Eine Möglichkeit dies zu tun habe sich Morales durch die Kontrolle des Indigenenfonds (*fondo indígena*) geboten, der während der Amtszeit des Übergangspräsidenten Eduardo Rodríguez Veltzé auf Betreiben von Indigenenorganisationen aus dem Hoch- und Tiefland eingeführt worden war. Die Grundidee dieses Fonds bestand darin, fünf Prozent der Steuereinnahmen auf fossile Energieträger in Entwicklungsprojekte in indigenen und bäuerlichen Gemeinden zu investieren. Mit dem *Decreto Supremo* 28571 wurde dazu am 22. Dezember 2005 eine entsprechende Verordnung erlassen (Gaceta Oficial de Bolivia 2005).⁸ Die Verwaltung des *Fondo de Desarrollo para los Pueblos Indígenas Originarios y Comunidades Campesinas* wurde zentral von La Paz aus organisiert.⁹ Jedoch dauerte es bis September 2012, bis erste Projekte finanziert wurden (Morales/Zambrana/Choque 2015: 31).

Vadillo kritisierte, dass es im Zuge dieser Projektfinanzierungen zu Einschüchterungsversuchen seitens der Regierung gekommen sei. Diese habe die Situation ausgenutzt, dass viele Indigenenführer*innen, die Fördermittel erhielten, nicht über die genauen Bestimmungen des Fonds informiert und in der Lage gewesen

6 Übersetzung: »Die Regierung schnüffelte im Leben aller Indigenenführer herum, um sie zu packen und ihnen zu sagen: ›Entweder du unterstützt mich oder du gehst ins Gefängnis.‹ [...] Sie hat sich in das Leben der Leute, der Indigenenführer eingemischt und hat sie korrumptiert und sie auf ihre Seite gezogen.«

7 Übersetzung: »Politik der Spaltung.«

8 Damit wurde der Fonds vier Tage nach den Präsidentschaftswahlen beschlossen als schon klar war, dass Evo Morales nächster Präsident des Landes werden würde.

9 Übersetzung: »Entwicklungsfonds für die originären indigenen Völker und bäuerlichen Gemeinden.«

seien, Rechenschaft über ihre Ausgaben zu geben. Um einer juristischen Verfolgung oder Haftstrafe zu entgehen, hätten Viele keine andere Wahl gehabt, als die Morales-Regierung politisch zu unterstützen. Andere Indigenenführer*innen seien mit finanziellen Mitteln korrumpt und kooptiert worden. Auf diese Weise habe die Morales-Regierung erreicht, dass die Leitungsteams der Indigenenorganisationen nach und nach mit Unterstützer*innen des MAS besetzt wurden (Interview Vadillo 20.05.2019).

Morales' Rhetorik in der Kritik

Schuldzuweisungen im Framing der Widerstandsakteur*innen gegen Evo Morales als Drahtzieher der *división organizativa* verwiesen noch auf ein zweites Element: Einen spaltenden Effekt, den Akteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung Morales' Rhetorik unterstellten. Für Empörung sorgten öffentliche Auftritte des Präsidenten. Am 28. Juli 2019, ein Datum zur Zeit der Feldforschung, hielt Morales eine Rede in San Ignacio de Moxos. Anlass war die Einweihung einer neuen Asphaltstraße zwischen San Ignacio de Moxos und Puerto Ganadero, ein Abschnitt einer nördlichen Ost-West-Verbindung zwischen Trinidad und La Paz. In dem Wissen, dass ein Großteil der Versammelten ebenfalls Befürworter*innen der TIPNIS-Straße waren, nutzte Morales die Gelegenheit, die Straßenbaugegner*innen und damit die soziale TIPNIS-Bewegung verbal zu attackieren. Wörtlich sagte er, dass die TIPNIS-Straße schon längst gebaut worden wäre, wenn nicht einige Gruppen im Beni und in Bolivien mit lauter Lügen einen Baustopp herbeigeführt hätten (Página Siete Digital 28.07.2019). Bei diesem Auftritt verfolgte der Präsident eine Strategie des *blaming* und *shaming* von Gegner*innen der TIPNIS-Straße, die deutlich werden ließ, warum einige Autor*innen wie Nikolaus Werz (2013: 234) Morales einen »radikalen Populismus« unterstellen. Morales ließ keinen Zweifel erkennen, dass er die Akteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung als kontraproduktive Triebkräfte erachtete. Diese schadeten Morales' Aussage zufolge jedoch nicht ihm persönlich oder seiner Regierung, sondern den Menschen im Beni. Mit dieser Behauptung hetzte Morales das Publikum in San Ignacio de Moxos gegen die Straßenbaugegner*innen auf, die er als »enemigos del Beni« (Feinde des Beni) bezeichnete (Evo Morales zitiert nach Página Siete Digital 28.07.2019).

Aus Sicht der Widerstandsakteur*innen lag in diesen und ähnlichen Äußerungen des Präsidenten ein schwerwiegendes Problem. Denn im Kern ging es Morales um die Delegitimierung des Widerstands. Dazu gehörte es auch, den Widerstand als irrational darzustellen (Ernst 2015: 75). Nichtregierungsorganisationen und der politischen Opposition warf er vor, die Menschen im TIPNIS manipuliert und zu ihrer Widerstandshaltung gegen das Straßenbauprojekt Villa Tunari – San Ignacio de Moxos angestiftet zu haben, um der Regierung zu schaden (Página Siete Digital

26.07.2017). Auf diese Weise versuchte Morales, den Protest gegen seine Politik als von außen gesteuert und nicht authentisch-indigen darzustellen.

Die Widerstandsakteurin und ehemalige Vorsitzende der *Subcentral de Mujeres del TIPNIS* Julia Molina (2011-2016) kritisierte, dass Morales eine Bedeutungskonstruktion geschaffen habe, die den TIPNIS-Widerstand mit rechten Oppositionsparteien in Verbindung gebracht habe. Auch habe es von Seiten der Regierung Versuche gegeben, den Widerstandsakteur*innen eine rechte politische Gesinnung zu unterstellen und deren Anliegen somit zu delegitimieren. Wie die sechsunddreißigjährige Moxeña-Trinitaria am Beispiel ihrer eigenen Person verdeutlichte, hätten Morales und seine Anhänger*innen den Widerstandsakteur*innen durch die Bedeutungszuschreibung als Rechtsgerichtete geschadet: »Dicen que todos los que están defendiendo los territorios, la Madre Tierra somos de la derecha. Eso es lo que ellos nos dicen y así me tienen en mi comunidad. Y a mí la verdad me apena mucho« (Interview Molina 17.05.2019).¹⁰ Molinas *comunidad* ist die indigene Polygon 7-Gemeinde Santísima Trinidad. Dort habe sie aufgrund dieser Bedeutungszuschreibung eine zunehmende soziale Ausgrenzung erfahren (Interview Molina 17.05.2019).

5.3 Der »orgánico«-Begriff und der Kampf um Legitimität

Vergleicht man Morales' Rhetorik mit Aussagen von Akteur*innen der Indigenenorganisationen, die im TIPNIS-Konflikt involviert sind, fällt auf, dass der von Morales verwendete Feindbegriff (*enemigo*) im Framing indiger Akteur*innen kaum verwendet wird. Eine Freund-Feind-Unterscheidung findet trotzdem statt. Allerdings ist diese nicht primär an der Konfliktlinie zwischen Befürwortung und Ablehnung des Straßenbauprojekts ausgerichtet. Betrachtet man das Framing der befragten Interviewpartner*innen sticht die zentrale Bedeutung des Begriffs »orgánico« (organisch) hervor: Die befragten Widerstandsakteur*innen bezeichneten mit diesem Ausdruck vorrangig sich selbst oder solche Indigenenorganisationen und Akteur*innen, die sie als rechtmäßige Repräsentant*innen der Basis, d.h. der lokalen Gemeindebewohner*innen im TIPNIS, erachteten. Die Gegenseite, von der sie sich durch ihre Begriffsverwendung abzugrenzen versuchten, deklarierten sie als »oficialista« (regierungstreu). Durch den Begriff »oficialista« sollte den so Bezeichneten unterstellt werden, nicht den Interessen der Basisgemeinschaften zu dienen, sondern dem Willen der Morales-Regierung zu folgen. Zudem war es unter den Widerstandsakteur*innen üblich, die jeweils als legitim angesehenen Indigenenorganisationen und Akteur*innen mit dem Etikett »orgánico/-a« zu verse-

¹⁰ Übersetzung: »Sie sagen, dass wir alle, die die Territorien, die Mutter Erde verteidigen, Rechte sind. Das ist es, was sie uns sagen und so behandeln sie mich in meiner Gemeinde. Das bekümmert mich wirklich sehr.«

hen. Beispielsweise unterschieden sie zwischen der *Subcentral TIPNIS »orgánica«* und der *Subcentral TIPNIS »oficialista«*. Gleches gilt für die Unterscheidung zwischen der CIDOB *»orgánica«* und der CIDOB *»oficialista«*. Tatsächlich waren viele Indigenenführer*innen der MAS-freundlichen Seite sogar Mitglieder der MAS-Partei. Darunter Carlos Fabricano (*Subcentral Sécuré*), Sonia Ave (CPIB) und Pedro Vare (CIDOB).

Angesichts dieser Tatsache scheint die Terminologie der Widerstandsakteur*innen einleuchtend. Vor dem Hintergrund der Versuche der Regierung, den Widerstand verbal zu delegitimieren, scheint es zudem konsequent, dass sich Widerstandsakteur*innen in ihren Framings um die diskursive Kontrolle über den *»orgánico«*-Begriff bemühten, der bereits seit der Gründungsphase der ersten tiefländischen Indigenenorganisationen in den 1980er Jahren mit den Prinzipien kollektiver, horizontaler und konsensbasierter Entscheidungsprozesse verknüpft wird. Letztere lassen sich als dekolonisierende Praxis zur Verhinderung einer zu starken Machtkonzentration in den Händen von Einzelpersonen deuten (Laing 2015: 260) und werden in dieser Arbeit an späterer Stelle unter besonderer Berücksichtigung der Bottom-Up-Logik des *territorio* eingehend betrachtet. Ein zentrales Anliegen dieses Bemühens um die Deutungshoheit über den *»orgánico«*-Begriff war es, das eigene Handeln und den Widerstand zu rechtfertigen. Beim Framing kam es darauf an, überzeugend darzustellen, dass die Akteur*innen des eigenen Allianzsystems die Interessen der indigenen Basisgemeinschaften in den Vordergrund des kollektiven Handelns stellten. Denn wie der ehemalige Vorsitzende der CPEM-B (2016-2019) Adhemar Mole formulierte: »*Un dirigente sin base no es nadie*« (Interview Mole 03.06.2019).¹¹

Bei einer vorschnellen und einseitigen Übernahme der Bedeutungszuschreibung für den *»orgánico«*-Begriff aus Widerstandsperspektive besteht die Gefahr, den Widerstand zu romantisieren bzw. die Gegenseite zu dämonisieren (Interview Justel 02.07.2019). Dieser Tendenz waren sich viele der befragten Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher und kirchlicher Organisationen, Gruppen und Netzwerke bewusst. In den Interviews waren sie bei der Verwendung des *»orgánico«*-Begriffs zurückhaltender als Vertreter*innen ihrer indigenen Partner-SBOs. Dies zeigte sich an Äußerungen von Manuel Menacho, der als CEJIS-Mitarbeiter zur Zeit der Feldforschung die Subzentralen des TIM und TIMI in San Ignacio de Moxos unterstützte und gleichzeitig Mitglied der Aktivistengruppe *Coordinadora en Defensa de la Autodeterminación de los Pueblos y el Medio Ambiente* (CODAPMA) war. In Bezug auf die sogenannte CIDOB *orgánica* äußerte der gelernte Rechtsanwalt, dass er nicht sicher wisse, ob diese tatsächlich organisch oder legitim sei. Dies hätten die Basisgemeinschaften zu beurteilen (Interview Menacho 29.05.2019). Auch darf nicht übersehen werden, dass *»oficialista«* keine Selbstbezeichnung MAS-freundlicher Akteur*innen

¹¹ Übersetzung: »Eine Führungsfigur ohne Basis ist ein Niemand.«

war. Stattdessen erhoben diese selbst Anspruch darauf, organisch zu sein und wiesen die Vereinnahmung des »*orgánico*«-Begriffs durch die Widerstandsakteur*innen zurück. Durch ihre konträre Begriffsverwendung forderten sie die Akteur*innen des Allianzsystems der sozialen TIPNIS-Bewegung, die sie als Opponent*innen, Verräter*innen, Öko-Fundamentalist*innen oder Marionetten der NGOs deklarierten, im Wettstreit um die Deutungshoheit heraus.

Im Hinblick auf Konkurrenzbeziehungen zwischen rivalisierenden *dirigencias* der Indigenenorganisationen lässt sich zeigen, dass dieser Wettstreit um die Durchsetzung des »*orgánico*«-Framings ein Kampf um Legitimität war. Da aus Sicht der sozialen TIPNIS-Bewegung jeweils ein Leitungsteam zum Allianz- sowie ein anderes zum Konfliktsystem gehörte, lag es nahe, dass die Verwendung des »*orgánico*«-Begriffs von Akteur*innen beider Systeme mit dem Ziel der Stärkung der eigenen Führung eingesetzt wurde. Das eigene Allianzsystem wurde durch die Zuschreibung von Legitimität gestützt und das Konfliktsystem diskreditiert. Dabei wurden Schuldzuweisungen an die Gegenseite formuliert, nur persönliche Interessen zu verfolgen, keine Legitimität zu besitzen, für die Ausübung bestimmter Ämter unfähig und für die Spaltung der Indigenenorganisationen verantwortlich zu sein. Im Gegensatz dazu wurde mit dem »*orgánico*«-Begriff die Fähigkeit verbunden, die Entscheidungsprozesse im Territorium basisgerecht zu interpretieren und die Mitglieder der TIPNIS-Gemeinden als Souveräne zu respektieren.

Der Widerstandsakteur Bernardo Muiba, zum Zeitpunkt der Feldforschung Vorsitzender der Subzentrale des *Territorio Indígena Multiétnico* (TIM), warf dem Vorsitzenden der aus seiner Sicht regierungstreuen *Subcentral TIPNIS* vor, nicht durch den Willen der Basis, sondern auf Wunsch der Morales-Regierung in sein Amt gekommen zu sein. Die Rede war von Domingo Nogales, der im November 2016 für einen Zeitraum von vier Jahren gewählt worden war und Muiba zufolge nur der Zentralregierung und nationalen Behörden gehorchte (Interview Muiba 28.05.2019). Ähnlicher Meinung war die Sonderbeauftragte für Wirtschaft und Entwicklung der Regionalorganisation CPEM-B Maribel Daza: »*Don Domingo Nogales obedece [...] a todo lo que es afín al Gobierno, intereses del Gobierno*« (Interview Daza 12.07.2019).¹² Neben Vorwürfen an Nogales war in einigen Interviews jedoch auch eine gewisse Verwunderung über dessen Regierungsnähe zu verzeichnen. Dies galt besonders für Widerstandsakteur*innen, die Nogales noch als Teil des eigenen Allianzsystems kennengelernt und seinen Wechsel zum Konfliktsystem mitverfolgt hatten. Wie Bertha Vejarano, ehemalige Vorsitzende der CPEM-B (2010-2016) und zum Erhebungszeitraum Corregidora der TIMI-Gemeinde Argentina, im Interview erzählte, hatte Nogales beim Protestmarsch 2011 noch an der

12 Übersetzung: »*Don Domingo Nogales gehorcht allem, was der Regierung nahesteht, Interessen der Regierung.*«

Seite der Widerstandsakteur*innen für die Verteidigung des TIPNIS gekämpft und selbst physische Gewalt in Chaparina erlitten (Interview Vejarano 29.05.2019).

Schuldzuweisungen und Vorwürfe der Widerstandsakteur*innen an die Akteur*innen des Konfliktsystems lassen sich mit Interviewaussagen politischer Gegenspieler*innen kontrastieren. Domingo Nogales behauptete, dass die an ihn gerichteten Vorwürfe nur dazu dienten, die TIPNIS-Bevölkerung gegen die von ihm geleitete *dirigencia* der *Subcentral TIPNIS* aufzuwiegeln: »*lo único que a nosotros nos afecta un poquito es que la gente se pone en contra de nosotros [...]. O sea, nos ponen en duda.*«.¹³ Auch ist es nicht verwunderlich, dass MAS-nahe Akteur*innen, ähnlich den Widerstandsakteur*innen, Strategien zur Legitimierung ihrer selbst und zur Delegitimierung ihrer politischen Gegner*innen verfolgten. So sagte Domingo Nogales im Interview, das in seinem Büro in direkter Nachbarschaft zum geschäftigen Mercado Campesino in Trinidad stattfand: »*estas son las oficinas del TIPNIS. Quien está aquí fuera no es una autoridad [...], es una autoridad ya ilegal*« (Interview Nogales 05.06.2019).¹⁴ Carlos Fabricano (*Subcentral Sécuré*) bezichtigte die Widerstandsakteurin Marquesa Teco der Usurpation und unterstellte ihr, unrechtmäßig im Namen der Basis zu sprechen: »*La señora [Doña Marquesa] puede hablar como cualquiera. Uno tiene derecho de hablar, tiene derecho de opinar, pero no a nombre de la base. Y eso es lo que sucede ahora*« (Interview Fabricano 18.06.2019).¹⁵ In diesem konkreten Beispiel wird die Legitimität Marquesa Tecos, die zum Feldforschungszeitpunkt als Vorsitzende der *Subcentral de Mujeres del TIPNIS* als eine der wichtigsten Meinungsführer*innen des Widerstands galt, explizit negiert.

Ein weiterer Vorwurf MAS-freundlicher Akteur*innen, der sich speziell an die Widerstandsakteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung richtete, lautete, dass diese von ostbolivianischen Wirtschaftsunternehmen instrumentalisiert worden seien. Nicht wenige dieser Unternehmen hätten ein strategisches Interesse daran, dass Verkehr und Handel auch in Zukunft über das wirtschaftsstarken *departamento* Santa Cruz geleitet werden würden. Aus diesem Grund käme es einigen Wirtschaftsvertreter*innen gelegen, wenn die soziale TIPNIS-Bewegung eine kilometerkurze Route durch das TIPNIS verhinderte. Dieses Argument wurde vorrangig von Pedro Vare (CIDOB) vorgebracht, ohne jedoch die betreffenden Wirtschaftssektoren zu spezifizieren (Interview Vare 16.06.2019).

¹³ Übersetzung: »das Einzige, das uns ein bisschen zu schaffen macht, ist, dass die Leute sich gegen uns wenden [...]. Das heißt, sie zweifeln an uns.«

¹⁴ Übersetzung: »das sind die Büros des TIPNIS. Wer draußen ist, ist keine Autorität [...], ist schon eine illegale Autorität.«

¹⁵ Übersetzung: »Die Frau [Doña Marquesa] kann sprechen wie jeder andere. Jeder hat das Recht zu sprechen, das Recht seine Meinung zu äußern, aber nicht im Namen der Basis. Und das ist was gerade passiert.«

Abbildung 6: Domingo Nogales (rechts) im Interview mit dem Autor im Büro der Subcentral TIPNIS



Eigene Aufnahme, Trinidad, 05.06.2019.

5.4 Die Institutionalisierung der internen Spaltung

Doch wie kam es zur Institutionalisierung der internen Spaltung, d.h. zur Entstehung zweier klar erkennbarer, rivalisierender Leitungsteams innerhalb der Indigenenorganisationen *Subcentral TIPNIS* und *CIDOB*? Trotz einiger Parallelen muss diese Frage für beide Organisation einzeln gestellt werden. Im Fall der *Subcentral TIPNIS* ist es zu ihrer Beantwortung notwendig, sich genauer mit den Umständen der Aufhebung des Gesetzes 180 zu befassen, welches das TIPNIS schützte und das umstrittene Straßenbauprojekt ausdrücklich untersagte. Wie bereits dargelegt, war die Annulierung des Gesetzes von der Morales-Regierung politisch gewollt. Am 13. August 2017 wurde das »Unantastbarkeitsgesetz« (Ley 180) außer Kraft gesetzt. Entscheidend für die Herausbildung zweier konkurrierender *dirigencias* im TIPNIS waren Dynamiken innerhalb der indigenen Bewegung, die zu dieser Gesetzesaufhebung geführt hatten. Die Initiative zu diesem Schritt kam ausgerechnet von einer Gruppe indigener Akteur*innen unter Federführung von Ramona Moye, einer aus dem TIPNIS stammenden Parlamentsabgeordneten der MAS-Partei, die aus der *Subcentral Sécuré* hervorgegangen war. Neben Moye zählten vier *presidentes* MAS-freundlicher indigener *dirigencias* dazu: Diego Roca vom CONISUR, Mauricio

Guaji (CPITCO), Carlos Fabricano (*Subcentral Sécuré*) und Domingo Nogales (*Subcentral TIPNIS*) (Martínez 2017: 4).

Mittels einer Gesetzesinitiative, die sie am 03. Juli 2017 vor dem bolivianischen Parlament, der sogenannten *Asamblea Legislativa Plurinacional* (ALP), in La Paz vorstellte,¹⁶ initiierte die Gruppe einen Prozess, der schließlich zur Verabschiedung des Gesetzes 969 führte, welches das Schutzgesetz ablöste. Rubén Martínez (2017: 5) argumentiert, dass dieser Gesetzesvorstoß die organische, indígene Organisationsfähigkeit geschwächt habe. Besonders problematisch sei gewesen, dass sich mit Domingo Nogales der gewählte Vorsitzende der *Subcentral TIPNIS* hinter die Gesetzesinitiative gestellt hatte. Dadurch war er in den Augen vieler Beobachter*innen eigenständig und ohne ausreichende Basismandatierung auf die regierungstreue Seite bzw. ins Konfliktsystem der sozialen TIPNIS-Bewegung gewechselt. Diese Tat brachte die *Subcentral TIPNIS* in eine schwierige Situation, die sich durch einen Vertrauensverlust an der Basis ausdrückte (Martínez 2017: 5).

Die Argumente der Gruppe um Ramona Moye für die Aufhebung des Schutzgesetzes 180 glichen denen der MAS-Regierung. So wurde das Gerücht weiterpropagiert, dass den indígenen Gemeinschaften im TIPNIS durch das »Unantastbarkeitsgesetz« die Tätigkeiten ihrer kollektiven Subsistenzwirtschaft untersagt und jegliche Möglichkeiten zu prosperieren genommen werden sollten. Außerdem bestand die Gruppe darauf, dass das amtliche Ergebnis der *consulta* von 2012 respektiert werden sollte, bei dem sich die befragten TIPNIS-Gemeinden mehrheitlich für einen Straßenbau und gegen die im Gesetz 180 garantierte »Unantastbarkeit« des Territoriums ausgesprochen hätten (Martínez 2017: 4).

Als Reaktion auf Nogales' Vorgehen in der Moye-Gruppe verurteilten Vertreter*innen der *Subcentral TIPNIS* das Verhalten ihres Vorsitzenden. Während einer Versammlung, die am 07. und 08. Juli 2017 in der TIPNIS-Gemeinde El Carmen del Coquinal abgehalten wurde, wählten die »orgánicos« den siebenundzwanzigjährige Fabián Gil zu ihrem neuen, organischen *presidente*. Die MAS-nahen Akteur*innen ließen sich unterdessen in beachtlich kurzer Zeit ihren Gesetzesvorschlag genehmigen, der am 13. August 2017 während eines Massenevents in einer Sporthalle in Trinidad unter Anwesenheit von Evo Morales als Gesetz 969 in nationales Recht überführt wurde. Gleichzeitig protestierte eine kleine Gruppe indígener Widerstandsakteur*innen auf der Plaza von Trinidad gegen dieses Gesetz (Martínez 2017: 6).

16 Übersetzung: »Plurinationale Legislative Versammlung«.

Parallelveranstaltungen im TIPNIS als Ausdruck der Spaltung

Zwei Wochen später war der interne Bruch bereits sichtbar konsolidiert als beide Seiten der *Subcentral TIPNIS* zur selben Zeit Versammlungen im Territorium abhielten. Die Unterstützer*innen des Gesetzes 969 in San Pablo, während sich die Widerstandsakteur*innen im nahegelegenen *Centro de Gestión* trafen, einem zentralen Treffpunkt und Versammlungsgebäude, das am Río Isiboro zwischen den Gemeinden Gundonovia und Santa María de la Junta unweit der Secure-Mündung gelegen ist. Dieser Ort ist während der Trockenzeit auch über den Landweg zu erreichen. So kam es, dass eine Gruppe von 44 Widerstandsakteur*innen am 24. August 2017 auf der Ladefläche eines Transportfahrzeugs von Trinidad Richtung TIPNIS aufbrach. Unter ihnen der neu bestimmte Vorsitzende Fabián Gil, die Vorsitzende der *Subcentral de Mujeres del TIPNIS* Marquesa Teco, der damalige CPEM-B-Vorsitzende Adhemar Mole, die ehemalige Vorsitzende der *Subcentral de Mujeres del TIPNIS* Julia Molina sowie der erste Vorsitzende der *Subcentral TIPNIS* Marcial Fabricano. Außerdem dabei waren Fernando Vargas, der von 2011 bis 2016 ebenfalls Vorsitzender der *Subcentral TIPNIS* gewesen war, der ehemalige Vorsitzende der *Subcentral Secure* Emilio Noza sowie mit Amparo Carvajal die Vorsitzende der Menschenrechtsorganisation *Asamblea Permanente de Derechos Humanos de Bolivia* (APDHB). Da das Fahrzeug mehrere Male im Morast stecken blieb, benötigten die Akteur*innen für die etwa 137 Kilometer lange Strecke 40 Stunden. Im Unterschied zu den MAS-nahen Akteur*innen, die mit 30 geländefähigen Fahrzeugen sowie per Hubschrauber nach San Pablo reisten, hatten die Widerstandsakteur*innen größere Anreiseschwierigkeiten (Colque 2017: 8-11).

Nichtsdestotrotz wurden auf dem Corregidores-Treffen der Widerstandsakteur*innen am 27. und 28. August 2017 wichtige Beschlüsse gefasst. Fabián Gil wurde als Vorsitzender der *Subcentral TIPNIS*, Marquesa Teco als Vorsitzende der angegliederten *Subcentral de Mujeres del TIPNIS* bestätigt und festgelegt, dass die Widerstandsakteur*innen ab diesem Zeitpunkt nur diese beiden Autoritäten als legitime Führungsfiguren der *Subcentral TIPNIS* anerkennen sollten (Colque 2017: 27). Gil und Teco wurden per Wahl weitere *dirigentes* zur Unterstützung des Leitungsteams der sogenannten *Subcentral TIPNIS »orgánica«* zur Seite gestellt: Als neue Vizevorsitzende der *Subcentral TIPNIS* wurde Cecilia Moyoviri aus der TIPNIS-Gemeinde San Ramoncito gewählt. Die Vizevorsitzende der *Subcentral de Mujeres del TIPNIS* Adelaida Rocha wurde im Amt bestätigt. Zudem wurden Sekretär*innen für die Bereiche natürliche Ressourcen, Land und Territorium, Bildung und Gesundheit bestimmt. Die von Pedro Vare geleitete Führungsriege der CIDOB wurde als illegitim erklärt, da sie – ebenso wie die *dirigencia* der *Subcentral TIPNIS* um Domingo Nogales – das Gesetz 969 unterstützt hatte. An dem Corregidores-Treffen im *Centro de Gestión* hatten Corregidores aus 23 Gemeinden teilgenommen; davon 18 aus dem TIPNIS und fünf aus angrenzenden Gemeinden am Río Isiboro. Fabián Gil

zufolge hätten mehr Corregidores teilnehmen wollen. Diese seien jedoch von Vertreter*innen des rivalisierenden Leitungsteams um Domingo Nogales aufgehalten worden (Jemio 2017: 31).

Zur selben Zeit beschlossen die Unterstützer*innen des Gesetzes 969 in San Pablo, 20 Widerstandsakteur*innen des Territoriums zu verweisen, wozu sie aus Sicht der Widerstandsakteur*innen selbstverständlich nicht berechtigt waren. Darunter Fabián Gil, Marquesa Teco sowie die ehemaligen Vorsitzenden der *Subcentral TIPNIS* Marcial Fabricano und Fernando Vargas. Domingo Nogales warf dem Leitungsteam um Fabián Gil vor, zu lügen und zu beleidigen. Nogales zufolge nahmen Corregidores aus 37 TIPNIS-Gemeinden am Treffen in San Pablo teil, die ihn im Amt als rechtmäßigen Vorsitzenden der *Subcentral TIPNIS* bestätigt hätten (Interview Nogales 05.06.2019; Jemio 2017: 34). Wie Cecilia Moyoviri im Interview erzählte, wurden die Widerstandsakteur*innen für die Zeit ihres Treffens im *Centro de Gestión* von bewaffneten Militärstreitkräften der bolivianischen Marine eingeschüchtert, die auf den Flüssen patrouillierten und provisorische Kontrollposten errichteten (Interview Moyoviri 19.06.2019). Die kurzzeitige Militarisierung des TIPNIS wurde von Widerstandsakteur*innen deutlich zurückgewiesen. Laut Marquesa Teco verübten die Militärs physische Gewalt. Sie selbst sei bei dem Versuch, die Soldaten zur Rede zu stellen, von einem Kommandeur mit einem Bootspaddel geschlagen worden (Interview Teco 16.05.2020). Colque (2017: 32) zufolge verletzten die Militärs vier Personen und versenkten ein Boot. Nach diesen Vorkommnissen während der Parallelveranstaltungen blieben die zwei verschiedenen Leitungsteams der *Subcentral TIPNIS* auf Distanz zueinander. Auch die Kommunikation zwischen beiden Lagern wurde stark eingeschränkt. Bis heute besteht kaum Kontakt zueinander.

Die interne Spaltung der CIDOB

Distanz und eine eingeschränkte Kommunikation prägten zum Zeitpunkt der Feldforschung auch das Verhältnis der beiden rivalisierenden Führungszirkel der CIDOB, deren interne Spaltung sich bereits im Jahr 2012 vollzog. Ursache dafür war der Austritt der CIDOB aus dem Einheitspakt (*Pacto de Unidad*), mit dem MAS-freundliche Akteur*innen innerhalb der CIDOB nicht einverstanden waren (Farthing/Kohl 2014: 53). Im Zuge des Neunten Protestmarschs, dem elf von dreizehn Vorsitzenden der Regionalorganisationen ferngeblieben waren (Laing 2015: 158), offenbarte sich schließlich der interne Bruch, da das Leitungsteam um Adolfo Chávez in den eigenen Reihen nicht die volle Unterstützung für die Organisation und Durchführung des Protests hatte. Die MAS-Unterstützer*innen, die den Protestmarsch verweigerten und keine Gegner*innen des Straßenbaus im TIPNIS waren, wählten eine neue Führung. Am 28. Juli 2012 besetzten sie mit polizeilicher Unterstützung in einer von der Regierung orchestrierten Aktion

das Büro der CIDOB in Santa Cruz de la Sierra auf gewaltsame Weise und riefen Melva Hurtado als neue CIDOB-Vorsitzende aus (Opinión 29.07.2012). Wie Nancy Postero (2017: 126) schreibt, fand sich die vertriebene CIDOB-Führung für mehrere Wochen zu einer Mahnwache auf der Haupt-Plaza von Santa Cruz de la Sierra zusammen. Ihr entging nicht die Ironie, dass sich die CIDOB 30 Jahre lang gegen weiße und mestizische Politiker erwehrt und ihr Hauptquartier schließlich unter einem indigenen Präsidenten verloren hatte.

Das ursprüngliche Leitungsteam der CIDOB um Adolfo Chávez, das sich selbst als »organisch« bezeichnete, blieb jedoch weiterhin aktiv. Allerdings sah sich Chávez politischer Verfolgung durch den MAS ausgesetzt. Von staatlicher Seite wurde ihm eine Haftstrafe angedroht. 2015 ging er ins Exil (Interview Chávez 18.05.2019). Silvia Rivera Cusicanqui (2015: 97) nennt den Fall Chávez als Beispiel für eine in Südamerika verbreitete Tendenz, Proteste von Indigenen und Umweltschützer*innen unter dem Vorwurf der Sabotage der nationalen Entwicklung zu kriminalisieren. Zum Zeitpunkt der Feldforschung stand Tomás Candia der CIDOB *orgánica* vor (Interview Candia 16.05.2019). Der Vorsitzende der MAS-nahen CIDOB war Pedro Vare, der 2017 auf Melva Hurtado gefolgt war.¹⁷

Persönlichen Kontakt pflegten Vare und Candia nach eigenen Angaben nicht miteinander. Vare behauptete im Interview, Candia kaum zu kennen und zweifelte seine Legitimation an: »Yo apenas lo conozco de cara. No conozco su antecedente, no es absolutamente nada« (Interview Vare 16.06.2019).¹⁸ Mit Legitimationsproblemen hatte Candia jedoch nicht nur im Hinblick auf seine politischen Gegenspieler*innen, sondern auch innerhalb des Allianzsystems der sozialen TIPNIS-Bewegung zu kämpfen. So äußerte sich Cecilia Moyoviri, die zum Erhebungszeitraum die Leitungsfunktion innerhalb der Widerstands-Subcentral TIPNIS innehatte, gegenüber der CIDOB *orgánica* skeptisch: Es sei problematisch, dass Tomás Candia nicht die indigenen Regionalorganisationen auf seiner Seite habe: »[Candia] está solo« (Interview Moyoviri 19.06.2019).¹⁹ Die CPEM-B, an die die Subcentral TIPNIS angegliedert sei, habe sich nicht öffentlich zu Candia bekannt. Daher könne sich auch die Subcentral TIPNIS trotz der politischen Nähe nicht offiziell der CIDOB *orgánica* anschließen. Weder die von Tomás Candia noch die von Pedro Candia geführte CIDOB kam aus Sicht von Cecilia Moyoviri für eine Kooperation in Frage (Interview Moyoviri 19.06.2019). Die Fragmentierungen und internen Spaltungen waren ein Ausdruck der Schwächung der Organisationsfähigkeit und Selbstverwaltung der im TIPNIS-Konflikt involvierten Indigenenorganisationen.

17 Hurtado war 2017 wegen Veruntreuung von Indigenenfonds-Geldern festgenommen worden (Opinión 29.07.2012).

18 Übersetzung: »Ich kenne ihn kaum von Angesicht zu Angesicht. Ich kenne seinen Hintergrund nicht, er ist absolut nichts.«

19 Übersetzung: »[Candia] ist allein.«

5.5 Die Krise und ihre Auswirkungen auf das Zusammenleben im Territorium

Der Masterframe der Krise der indigenen Organisationsfähigkeit und Selbstverwaltung ist nicht nur auf die Fragmentierung von Organisationen und die Spaltung der *dirigencias* beschränkt. Denn die Spaltung wirkte sich direkt auf die Lebensrealitäten im Territorium aus und führte zu Konflikten an der Basis. Edgar Izurieta, Politikwissenschaftler und Vertreter der Nichtregierungsorganisation *Centro de Investigación y Promoción del Campesinado* (CIPCA) problematisierte, dass der Spaltungsprozess bereits in den intimsten Kernbereich der lokalen TIPNIS-Gemeinschaften vorgedrungen sei und sich Konfliktlinien durch Freundeskreise und Familien zögen: »*Familias enteras se han dividido [...] no vamos a decir que son enemigos, pero creo que por estas cuestiones políticas, digamos, se han producido cismas que van a ser difíciles de cerrar en este territorio*« (Interview Izurieta 15.06.2019).²⁰ Beachtet man die Tatsache, dass TIPNIS-Gemeinden häufig aus nicht mehr als fünf bis zehn Familien bestehen, lassen sich die Konsequenzen für den sozialen Frieden und das Zusammenleben an der Basis erahnen.

Tatsächlich wurden Probleme des Zusammenlebens an der Basis sowohl von Akteur*innen des Allianz- als auch des Konfliksystems der sozialen TIPNIS-Bewegung als ein wesentliches Element der Krise der indigenen Organisationsfähigkeit und Selbstverwaltung wahrgenommen. Grund dafür war die herausgehobene Stellung der Basis, die im kulturellen Verständnis als die wichtigste Entscheidungsinstanz galt und ihre Repräsentant*innen mit der nötigen Legitimität ausstattete. Aus der bewegungstheoretischen Studie »Mobilizing Territory: Socioterritorial Movements in Comparative Perspective« von Sam Halvorsen, Bernardo Fernandes und Fernanda Torres (2019) lässt sich die Erkenntnis ziehen, dass Territorien als Räume verstanden werden können, die ihren Bewohner*innen Formen von Macht verleihen. Damit ist nach Halvorsen (2018: 8) nicht die Etablierung hierarchischer Machtbeziehungen gemeint, sondern die Möglichkeit, Autonomie herzustellen und zu stärken. Statt Top-Down-Machtbeziehungen, die das im deutschen Sprachraum verbreitete Territoriumsverständnis impliziert, werden in *territorios* in der Regel flache Hierarchien angestrebt. Vor diesem Hintergrund können *territorios* einer Bottom-Up-Logik folgend auch als Zeichen der Souveränität indigener Basisgemeinschaften auf lokaler Ebene verstanden werden (Halvorsen 2018: 8).

Daher ist es nicht verwunderlich, dass das prognostische Framing der befragten Akteur*innen auf Bottom-Up-Lösungen wie eine stärkere Einbeziehung der

²⁰ Übersetzung: »Ganze Familien haben sich gespalten [...] wir sagen nicht, dass sie Feinde sind, aber ich glaube, dass durch diese politischen Angelegenheiten sozusagen Streitigkeiten entstanden, die in diesem Territorium nur schwer zu schlichten sein werden.«

Gemeindebewohner*innen als Souveräne bei politischen Entscheidungen abzielte. Interessanterweise ließ sich hiermit ein Punkt identifizieren, an dem sich viele indigene und nicht-indigene Akteur*innen – unabhängig von ihren Einstellungen zum Straßenbauprojekt, der Morales-Regierung und der Siedlergemeinschaft – weitgehend einig zu sein schienen. Domingo Nogales, Vorsitzender der *Subcentral TIPNIS*, MAS-Mitglied und Unterstützer des Straßenbauprojekts, betonte den kollektiven Charakter des Territoriums, wonach die Gemeindebewohner*innen Eigentümer*innen ihres Territoriums seien (Interview Nogales 05.06.2019). Ähnlich äußerte sich Héctor Tamo, zum Zeitpunkt der Feldforschung Interimsvorsitzender der CPEM-B und Straßenbaugegner: »[la base es] el bastión y el respaldo de nosotros como [organización] regional. Sería escuchar al pueblo y que el pueblo toma una decisión, [...] más que todo ante este conflicto de carretera« (Interview Tamo 18.07.2019).²¹

Die Forderung, der Basis zuzuhören, wurde auch von Vertreter*innen nicht-indigener Partnerorganisationen aus dem Allianzsystem der sozialen TIPNIS-Bewegung geteilt. Beispielsweise von Fátima Monasterio vom Zentrum für juristische Studien und Sozialforschung (CEJIS) sowie von Fernando Machicao, einem Aktivisten und Mitglied der Widerstandsgruppe *Territorios en Resistencia* aus Cochabamba (Interview Monasterio 28.05.2019; Interview Machicao 05.07.2019). Laut Juan Carlos Alarcón sei es notwendig, dass die TIPNIS-Bevölkerung in ihren Gemeinden in Ruhe und möglichst frei von äußeren Einmischungen an einer Konfliktlösung arbeiten könne (Interview Alarcón 21.07.2019). Alarcón vertrat die *Plataforma Boliviana Frente al Cambio Climático* (PBFCC), eine seit 2008 existierende freie Vereinigung von sozialen Organisationen, Aktivistengruppen und NGOs, die sich mit den Themen Klimawandel, Menschenrechte und den Rechten indigener Völker auseinandersetzt.

Das TIPNIS als »großes Haus«: Das Framing des Territoriums

Das Bild der Gemeindebewohner*innen als Eigentümer*innen (*dueñas* und *dueños*) des Territoriums lässt sich mithilfe der Metapher der *Casa Grande* verstehen, mit der die Akteur*innen aus dem TIPNIS-Kontext das Territorium framten. Demnach lebt die TIPNIS-Bevölkerung in ihrem Territorium wie in einem »großen Haus« als gemeinsame Familie. Damit ist eine Bedeutungskonstruktion geschaffen worden, die die verschiedenen ethnischen Gruppen als »Hausbesitzer« unter einem »Dach« vereint. Interessanterweise ließ sich im TIPNIS die Tendenz feststellen, dass sich die Bewohner*innen, unabhängig von Verwandtschaftsbeziehungen und

21 Übersetzung: »[die Basis ist] unsere Bastion und unser Rückhalt als Regional [-Organisation]. Man muss dem Volk zuhören und das Volk muss eine Entscheidung treffen, [...] vor allem bezüglich dieses Straßenbaukonflikts.«

politischen Differenzen, als *hermanas* und *hermanos*, also als Schwestern und Brüder, bezeichneten. Dies ist ebenfalls in anderen indigenen Territorien Boliviens und als Anrede zwischen indigenen Personen üblich (beispielsweise ließ sich auch Evo Morales als »*hermano presidente*« ansprechen).

Laut Anna Laing (2015: 200) hat die *Casa-Grande*-Metapher im Laufe der Protestgeschichte der tieflandindigenen Völker das bereits erwähnte, traditionelle Bild der *Loma Santa* weitgehend abgelöst. Der Hauptunterschied zwischen *Loma Santa* und *Casa Grande* liegt in der Bedeutung von Grenzen. Die *Loma Santa* stellt einen grenzenlosen, heiligen Sehnsuchtsort dar, während die weniger transzendentale *Casa-Grande*-Metapher das Territorium als geografisch klar abgrenzbaren Raum frammt. Durch das *Casa-Grande*-Framing wird die Eigenschaft des Territoriums als kollektives Eigentum betont.

Die Bedeutungsverschiebung (Reframing) von der *Loma Santa* zur *Casa Grande* lässt sich anhand eines Prozesses der Territorialisierung des TIPNIS nachvollziehen. Während die *Loma Santa* stärker mit der Kolonialgeschichte sowie der Flucht vor Sklaverei, kolonialer Aggression und Ausbeutung verbunden ist, betont die *Casa Grande* die Geschichte territorialer und kultureller Kontinuität. Dadurch rückt die *Casa Grande* gleichzeitig den Kampf um die Anerkennung des Gebiets als *territorio indígena* und um kollektive Landtitel in den Vordergrund. Die Aspekte der Autonomie und Selbstverwaltung treten als zentrale Werte hervor. Allerdings hat die Dominanz der *Casa-Grande*-Metapher, wie in Kapitel 7 zum Ausdruck kommt, nicht den in der *Loma-Santa*-Vorstellung implizierten Wunsch nach einem Leben in Ruhe, Freiheit und im Einklang mit der Natur (*vida tranquila*) ersetzt. Wie Anna Laing (2015: 200-201) erläutert, hat der *Casa-Grande*-Begriff im Gegensatz zur *Loma Santa* außerdem den Vorteil, dass er sich gegenüber anderen indigenen und nicht-indigenen Kultursystemen einfacher erklären lässt, die nicht mit dem religiösen Hintergrund der *Loma Santa* vertraut sind. Jedoch werden mit der *Casa-Grande*-Metapher auch die ethnische Diversität und die verschiedenen politischen Ansichten durch die Vorstellung unterstrichen, dass die »Familienmitglieder« des »großen Hauses« in unterschiedlichen »Zimmern« leben (Laing 2015: 201). Durch diese Differenzierung lässt sich schließlich mithilfe der *Casa-Grande*-Metapher die Ambivalenz des Zusammenlebens im TIPNIS nachvollziehen, das sowohl die gemeinsame Verantwortung für das große Haus, d.h. das gesamte Territorium, als auch das Trennende, Konkurrenz und Gegnerschaft kennt.

Doch wie funktioniert die politische Willens- und Entscheidungsbildung »von unten« und welche Schwierigkeiten zeigen sich in der Praxis? Um diese Frage zu beantworten ist ein vertiefender Blick in die Funktionsweise und Defekte der Organisationsstruktur der amazonischen TIPNIS-Völker notwendig. Denn seit ihrer Einführung unter der Herrschaft der Jesuiten, die sich dadurch eine effiziente Kontrolle indigener Arbeitskräfte und Organisation des religiösen Lebens erhofften, ist diese Struktur ein kultureller Widerspruch. Wie auch in Abbildung 5 (Organisati-

onsstruktur des TIPNIS) angedeutet wurde, lässt sie sich auf den ersten Blick wie ein hierarchisches Mehrebenensystem darstellen, bei dem »unten« die Basis und »darüber« die Indigenenorganisationen angeordnet sind. Legt man jedoch das kulturelle Verständnis der indigenen TIPNIS-Völker zugrunde, muss eigentlich von einer vertikalen Struktur ausgegangen werden, die tendenziell Hierarchien vermeidet.

Dies betonte auch Fabio Garbari, Pfarrer der Gemeinde San Ignacio de Moxos und Angehöriger der jesuitischen *Compañía de Jesús*, die 1767 aus Lateinamerika vertrieben wurde und im Fall der Moxos-Region erst 217 Jahre später dorthin zurückkehrte. Einzelpersonen aus dem Kreis der Jesuiten stellten sich nach der Rückkunft in den Dienst indigener Rechte und Territorien. Unter diesen galt der aus Italien stammende Garbari zum Feldforschungszeitraum nach Meinung vieler befragter Widerstandsakteur*innen als eine der wichtigsten Bezugspersonen. Er engagierte sich als einer von, wie er bemängelte, zu wenigen Vertretern der bolivianischen katholischen Kirche im Panamazonischen Kirchennetzwerk (Interview Garbari 26.05.2019). Das 2014 von Bischöfen, Priestern, Ordensleuten und Laien der Amazonasregion gegründete *Red Eclesial Panamazónica* (REPAM) hat seinen Hauptsitz in Quito (Ecuador) und setzt sich für den Dialog zwischen indigenen Gemeinschaften und der Kirche, die Sichtbarkeit indigener Anliegen auf internationaler Ebene und den Schutz indigener Rechte ein. Darüber hinaus war Garbari Beauftragter des Apostolischen Vikariats Beni zur Vorbereitung der sogenannten Amazonassynode, einer Sonderversammlung von Kardinälen, Bischöfen, Ordensvertreter*innen und Expert*innen aus Ländern der Amazonasregion. Die Synode fand vom 06. bis 27. Oktober 2019 im Vatikan statt und setzte sich mit sozialen und seelsorgerischen Fragen auseinander.

Garbari zufolge lässt sich die indigene Organisationsstruktur als eine oktroyierte, übergeordnete Struktur verstehen, die der darunterliegenden sozialen Ordnung zuwiderläuft (Interview Garbari 26.05.2019). 1701 wurde das Cabildosystem in allen jesuitischen Reduktionen in Moxos eingeführt. Die Cabildos dienten als Repräsentationsorgane der Gemeinden und sollten zur Mediation zwischen Jesuiten und der indigenen Bevölkerung beitragen. Die jährlich gewählten indigenen Autoritäten, die den Cabildos vorstanden, genossen Privilegien, wodurch Kollaboration statt Widerstand gewährleistet werden sollte. Nach Abzug der Jesuiten fungierten die Cabildos als Bindeglieder zwischen indigenen Moxeño-Gemeinden und dem »mundo de afuera« (der Außenwelt) (Guzmán 2020: 14). Diese »Überstruktur« wurde nach der Kolonialzeit von Moxenos in der Form des *Cabildo Indigenal* bis in die heutige Zeit beibehalten. Wie CEJIS-Mitarbeiterin Fátima Monasterio betont, haben Moxeño-Trinitarios, die im Gegensatz zu Yuracarés und Chimanes in der Kolonialzeit stärker jesuitisch geprägt worden waren, das Cabildosystem für ihre Zwecke instrumentalisiert. Unter den TIPNIS-Ethnien nahmen sie eine dominante Stellung ein, die nicht allein durch die bloße Bevölkerungsmehrheit erklärt

werden kann. Mit Blick auf die *Subcentral Sécuré* lässt sich die These aufstellen, dass sich diese Organisationsstruktur zu einem Instrument einer Moxeño-Elite entwickelte, um die in der Sécuré-Region mehrheitlich lebende Chimane-Bevölkerung zu dominieren. Als Teil dieser Elite wurde einigen Akteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung zufolge auch Carlos Fabricano angesehen, der Vorsitzende der *Subcentral Sécuré* zum Zeitpunkt der Feldforschung (Interview Monasterio 28.05.2019).

In der Praxis zeigen sich jedoch Bemühungen, die in der Organisationsstruktur angelegten Hierarchien zu glätten. Die politische Willens- und Entscheidungsbildung geschieht in den regelmäßig stattfindenden Cabildo-Versammlungen in den indigenen Gemeinden. An diesen können alle Bewohnerinnen und Bewohner einer Gemeinde teilnehmen. Besonders in kleinen Gemeinden trägt ein Großteil der Bevölkerung politische Verantwortung, da dort eine Vielzahl von Aufgaben auf eine geringe Personenzahl aufgeteilt wird. Jesús Cáceres aus der Zehn-Familien-Gemeinde Mercedes del Río Ichoa erzählte, dass er von 2006 bis 2009 Corregidor gewesen sei; zum Zeitpunkt des Interviews war er Vorsitzender des Schulbeirats der Gemeinde (Interview Cáceres 30.07.2019). Ämter und Aufgaben, die das Gemeinleben betreffen, werden in der Regel durch Wahl in den Cabildos vergeben. Dies gilt auch für die höchsten Ämter auf Gemeindeebene, die der Corregidores (in einigen Gemeinden wird statt *corregidor* auch der Begriff *capitán grande* verwendet). Die Corregidores werden in der Regel von weiteren Gemeindevorsteher*innen unterstützt, die je nach Gemeinde unterschiedliche Bezeichnungen haben können. Gebräuchlich sind die Titel *cacique* (Kazike) oder *capitán* (Anführer).

Die Aufgaben der Gemeindevorsteher*innen sind vielfältig. Sie müssen nicht nur die Gemeinde nach außen repräsentieren (zumeist das Privileg des Corregidores), sondern erfüllen auch nach innen wichtige Funktionen wie das Organisieren des kulturellen Lebens (z.B. von Festen) oder die Ausübung des indigenen Gewohnheitsrechts (*justicia comunitaria*). Letzteres wird zur Konfliktbewältigung innerhalb der Gemeinde eingesetzt und in der Regel bei Delikten wie Diebstahl oder häuslicher Gewalt der staatlichen Justiz vorgezogen. Wird jedoch ein Delikt nach Ermessen des Corregidores und des zumeist von diesem einberufenen Cabildos als besonders schwerwiegend eingestuft, wird nicht weiter nach indigenem Gewohnheitsrecht verfahren. Stattdessen werden die zuständigen staatlichen Justizbehörden der *justicia ordinaria* eingeschaltet, die jedoch aus Sicht der TIPNIS-Bewohner*innen durch die räumliche Distanz weit entfernt und nur schwer zugänglich sind. Entscheidet sich der Cabildo für die Anwendung des indigenen Gewohnheitsrechts, sind auch das Verhängen von Körperstrafen oder die Verbannung aus der Gemeinde möglich (Interview Corregidor Santísima Trinidad, Name wird nicht genannt, 03.07.2019).²² Der durch die Parallelität der beiden Rechtssysteme

²² Eine Form der Körperstrafe sind Schläge mit der *chicote* genannten Seilpeitsche, die in der Kolonialzeit eingeführt und von der indigenen Bevölkerung beibehalten wurde. Am 08. Mai

entstandene Rechtspluralismus, bei welchem die *justicia ordinaria* für die ganze Bevölkerung, die *justicia comunitaria* jedoch nur für einzelne Gruppen gültig ist, ist in Bolivien Gegenstand öffentlicher Diskussionen und wird in Mark Goodales Monografie »A Revolution in Fragments« (2019: 67–68) genauer problematisiert.

Trotz ihrer weitreichenden Befugnisse sind die Gemeindevorsteher*innen innerhalb der tradierten Organisationsstruktur den *comunarios* rechenschaftspflichtig. Sie werden nicht nur von den Gemeindebewohner*innen mandatiert, sondern können auch jederzeit von diesen abgesetzt werden. In der Regel findet einmal im Jahr eine Cabildo-Versammlung statt, um über die Arbeit der Gemeindevorsteher*innen zu urteilen (Laing 2015: 184). Bei Anzeichen von Fehlverhalten kann jedoch auch eine gesonderte Cabildo-Versammlung einberufen werden, um den Corregidores seines Amtes zu entheben. Dies zeigt, wie wichtig eine funktionierende Konsensbildung für das Zusammenleben in den Gemeinden ist. Wird diese Fähigkeit durch eine zu starke soziopolitische Spaltung blockiert, stellt dies eine Gefahr für die Funktionsfähigkeit des Organisationssystems dar.

Prinzipiell können Gemeindebewohner*innen auch Ämter in den *dirigencias* der territorialen, regionalen oder nationalen Indigenenorganisationen bekleiden, sofern sie sich erfolgreich zur Wahl haben stellen lassen. Für die Wahlen der territorialen Indigenenorganisationen treffen sich Corregidores und Gemeinderepräsentant*innen an einem vorher festgelegten Ort im Territorium und stimmen im Auftrag der von ihnen vertretenen Gemeinden ab. Im TIPNIS nahmen diese Wahlen Mitte der 1990er Jahre einen zunehmend formalen Charakter an. Für die Wahlen der 13 Regionalorganisationen der *tierras bajas* werden Vertreter*innen aus den angegliederten Territorialorganisationen zur sogenannten *Gran Asamblea de los Pueblos Indígenas* (Große Versammlung der indigenen Völker) entsandt, die von der CIDOB organisiert wird (Cabrera 21.05.2020).

Strukturelle Probleme der Indigenenorganisationen

Häufig fehlen jedoch Anreize, sich um Ämter und Aufgaben innerhalb der Indigenenorganisationen zu bewerben. Dies hängt mit unattraktiven Konditionen zusammen. Die Gewählten sind in der Regel ehrenamtlich und unentgeltlich tätig. Außerdem müssen die Amtsträger*innen in vielen Fällen ihre Lebenspartner*innen, Familien, Kinder und Freunde für die Zeit ihres Mandats im TIPNIS zurücklassen, zu denen sie häufig aufgrund unzureichender Kommunikationsmöglichkeiten nur selten Kontakt haben können. Mittlerweile kann in einigen Gemein-

2009 wurden dem Indigeneführer Marcial Fabricano während eines Besuchs im TIPNIS mit Verweis auf die indigene Justiz Schläge zugefügt. Fabricano kam ins Krankenhaus. Bilder seines verletzten Rückens verbreiteten sich in den Medien und lösten in Bolivien eine Debatte über die Rechtmäßigkeit der indigenen Justiz aus.

den ein, wenn auch meist schwaches, Internetsignal empfangen werden, das den eingeschränkten Gebrauch von Sofortnachrichtendiensten ermöglicht. Diese ersetzten weitgehend die Kommunikation über Radioprogramme, die aus Trinidad oder Cochabamba gesendet wurden und zu bestimmten Uhrzeiten relevante Informationen für die TIPNIS-Bewohner*innen bereithielten. Für die Ausübung ihrer Ehrenämter müssen die gewählten *dirigentes* in der Regel vorübergehend von ihrer gewohnten ruralen Umgebung in urbane Zentren ziehen. Die *Subcentral TIPNIS*, die CPIB und die CPEM-B haben ihren Sitz in Trinidad; die CIDOB in Santa Cruz de la Sierra. Die Subzentralen des TIM und TIMI teilen sich ein Gebäude in San Ignacio de Moxos.

Juana Bejarano, zum Erhebungszeitraum Vorsitzende des *Territorio Indígena Moxeño-Ignaciano* (TIMI) erzählte, dass sie ihr Ehrenamt und das damit verbundene Leben in San Ignacio de Moxos durch Wäschewaschen finanzierte (Interview Bejarano 28.05.2019). Cecilia Moyoviri und Marquesa Teco, die Führungsfiguren der Widerstandssubzentrale des TIPNIS, verdienten ihren Lebensunterhalt durch kunstvolle Handarbeiten. Für Moyoviri spielte ihr Beruf nach wie vor eine große Rolle, der sie, nach eigener Aussage, für ihre Tätigkeit als Indigenenführerin vorbereitet habe: »Yo aprendí ser artesana. [Esto] es lo que me orgullece y es por eso que yo veo cómo vamos a defender el territorio« (Interview Moyoviri 19.06.2019).²³ Zwar ist es die Aufgabe der Basis, die Arbeit ihrer Vertreter*innen zu unterstützen, doch reichen dazu die finanziellen Möglichkeiten häufig nicht aus.

Die strukturellen Probleme mangelnder Ressourcen und räumlicher Distanz forderten die Indigenenorganisationen zum Erhebungszeitraum in ihrer Funktionsfähigkeit heraus. Dies betraf vor allem die Widerstandsorganisationen. Denn aus vergleichender Perspektive war auffällig, dass MAS-freundliche Akteur*innen aufgrund staatlicher Unterstützung über eine größere finanzielle Ressourcenausstattung verfügten, die es ihnen erlaubte, in besser ausgestatteten Räumlichkeiten zu arbeiten. Im Gegensatz zu Marquesa Teco und Cecilia Moyoviri verfügten regierungsnahen Akteur*innen der *Subcentral TIPNIS* und *Subcentral de Mujeres del TIPNIS*, wie Domingo Nogales und Raquel Moye, über ein Bürogebäude in Trinidad. Zwar schienen auch regierungstreue Akteur*innen, wie Domingo Nogales von der *Subcentral TIPNIS* einwandte, keine besonders hohe finanzielle Liquidität zu haben. Nichtsdestotrotz reichten ihre Ressourcen aus, um im Vergleich zu den Widerstandsakteur*innen einen Vorteil zu erzielen. Es fiel ihnen leichter, sich im TIPNIS zu bewegen und Projekte in Gemeinden des Territoriums zu realisieren, die nur durch kostenintensive Fahrten per Boot, Hubschrauber oder Kleinflugzeug zu erreichen sind (Interview Nogales 05.06.2019; Interview Ribera 17.07.2019).

23 Übersetzung: »Ich habe gelernt Handarbeiterin zu sein. [Das] erfüllt mich mit Stolz und darum weiß ich, wie wir das Territorium verteidigen werden.«

Widerstandsakteur*innen waren zur Durchführung ihrer Aktivitäten finanziell von Nichtregierungsorganisationen wie CEJIS oder CIPCA abhängig. Diese NGOs benötigten wiederum Kapital von ausländischen Geldgebern, inklusive Misereor und Brot für die Welt, denen sie Rechenschaft ablegen mussten, wie der Geschäftsführer des CEJIS Hernán Ávila erklärte (Interview Ávila 23.05.2019). CIPCA-Mitarbeiter Edgar Izurieta gab zu bedenken, dass Kosten-Nutzen-Kalküle von geldgebenden Organisationen dazu führten, dass Finanzmittel statt ins TIPNIS häufig in weniger abgeschiedene Territorien geleitet würden. Dies läge vor allem daran, dass dort Projekte und Aktionen kostengünstiger und mit weniger Zeitaufwand umzusetzen seien (Interview Izurieta 15.06.2019). Im TIPNIS hingegen müssen Organisationen, die dort Projekte und Aktionen planen, zuerst Material und Ausrüstung, wie ein fahrtüchtiges Boot, obligatorische Schwimmwesten, große Mengen an Benzin, Lebensmittel und Zelte beschaffen. Außerdem müssen sie in der Lage sein, ausreichend Personal für eine mehrtägige oder mehrwöchige Exkursion ins TIPNIS bereitzustellen. Eine Finanzierung indigener Widerstandsakteur*innen durch transnationale Geldgeber in Form von Direktüberweisungen fand zum Erhebungszeitraum nicht statt. Dies lag häufig an einer gewissen Skepsis gegenüber dem Finanzmanagement der Indigenenorganisationen (Interview Justel 02.07.2019). Kleinere zivile Widerstandsgruppen wie *Campaña en Defensa del TIPNIS* (Kampagne zur Verteidigung des TIPNIS) aus Co-chabamba sind auf private Spenden angewiesen. Wie der Aktivist Reynaldo Flores erzählte, finanzierten ihm Freunde und Verwandte im Jahr 2011 einen Aufenthalt im TIPNIS. Dort sammelte der gelernte Radio- und Fernsehjournalist, der zu diesem Zweck seinen Job aufgegeben hatte, kurz nach dem Achten Protestmarsch Informationen und schrieb Reportagen, die er von Trinidad aus in den Medien verbreitete (Interview Flores 17.05.2019).

Distanz zwischen Indigenenorganisationen und Basis

Der Ressourcenmangel und die räumlichen Distanz der *dirigentes* zur Basis können als weitere Elemente der Krise der indigenen Organisationsfähigkeit und Selbstverwaltung betrachtet und anhand von Framings nachvollzogen werden. Während sich rivalisierende Indigenenführer*innen gegenseitig beschuldigten, ihre Arbeit zu wenig an den Bedürfnissen der *comunarios* auszurichten, waren innerhalb des Territoriums Beschwerden zu hören, dass weder die eine noch die andere Seite tatsächlich im TIPNIS präsent sei. Deutlich wurde dies im Gespräch mit einer Bewohnerin aus der Gemeinde Santiago am Río Ichoa im Zentral-TIPNIS, die eine mehrtägige Bootsreise von Trinidad entfernt liegt. Denn seit etwa zwei bis drei Jahren habe sie keine Vertreter*innen der Indigenenorganisationen mehr in ihrer Gemeinde gesehen (Interview Bewohnerin der TIPNIS-Gemeinde Santiago, Name wird nicht genannt, 30.07.2019). Ähnlich äußerte sich Pura Noza, die als Lehre-

rin am Internat *Fe y Alegría* (Glaube und Freude) in Kateri am Río Isiboro, einer vom Jesuitenorden geförderten Einrichtung, arbeitete. Noza zufolge würden Vertreter*innen der Indigenenorganisationen nur selten in Kateri erscheinen. Zudem würde in ihrem Umfeld, inklusive im Unterricht und im Schulalltag, kaum über Politik gesprochen, zumal nach Kateri kaum Informationen und Nachrichten gelangten (Interview Noza 29.07.2019).

Abbildung 7: Das Internat Fe y Alegría in Kateri am Río Isiboro



Eigene Aufnahme, 29.07.2019.

Von dem Selbstverständnis, dass die Basis die eigentliche Entscheidungsinstanz ist, die über die Zukunft des TIPNIS bestimmt, war in diesen Gesprächen nicht Viel zu vernehmen. Auch wäre es falsch, davon auszugehen, dass die Bevölkerung in allen Gemeinden im TIPNIS zum Erhebungszeitraum stark politisiert gewesen wäre. Wie sich aus Aussagen von Pura Noza folgern lässt, kann diese Annahme auch auf einen beträchtlichen Teil der Schülerinnen und Schüler von Kateri übertragen werden, die zu einer Generation gehören, die nicht an den Protestmärschen 1990, 2011 und 2012 teilgenommen hat (Interview Noza 29.07.2019).

Zwar können die im TIPNIS geführten Interviews nur einen kleinen und nicht repräsentativen Einblick in die Sichtweisen der TIPNIS-Bevölkerung liefern, doch ließe sich die These aufstellen, dass es zumindest bei einem Teil der Gemeindebewohner*innen zu einem Prozess der Distanzierung bzw. Entfremdung zwischen den politischen Verantwortungsträger*innen auf den Führungsebenen der Indigenenorganisationen und der Basis gekommen ist: »*creo que muchas veces nuestros*

*dirigentes también no piensan en las realidades de ahí de los comunarios que viven allá en el parque. [...] O sea, se han desconectado de las realidades de las comunidades«, beobachte Alejandro Masay aus Trinidad, der von 2013 bis 2015 in verschiedenen TIPNIS-Gemeinden als Lehrer tätig war (Interview Masay 29.05.2019).²⁴ Dieser Prozess traf im Territorium nicht selten auf eine Ansicht, dass das TIPNIS mit seinen Problemen allein gelassen werden würde. Die Tatsache, dass nicht nur Indigenenorganisationen, sondern – wie der Soziologe und ehemalige CIPCA-Mitarbeiter Ismael Guzmán betonte – auch NGOs und kirchliche Akteur*innen zum Erhebungszeitraum kaum präsent waren, verstärkte diese Wahrnehmung zusätzlich (Interview Guzmán 30.05.2019). Inwiefern sich eine Distanzierung auch anhand von Frame-Differenzen zwischen Bewohner*innen der lokalen Basisgemeinschaften und Repräsentant*innen der Subcentral TIPNIS nachvollziehen lässt, wird in Kapitel 9 näher untersucht.*

5.6 Einheit als Schlüsselement der Problemlösung?

Angesichts der Komplexität der Krise der indigenen Organisationsfähigkeit und Selbstverwaltung stellt sich die Frage, welche Bedingungen nötig sind, um die Probleme der Fragmentierung der Indigenenorganisationen sowie der internen Spaltung der Indigenenorganisationen zu überwinden und das Vertrauen der Basis zurückzugewinnen. Hierzu kristallisierten sich im prognostischen Framing der Widerstandsakteur*innen Forderungen nach einer Reformierung der Organisationsstruktur heraus. Um über die Krise hinwegzukommen, sollten die Subcentral TIPNIS, die Subcentral Sécure und der CONISUR nach einer weit verbreiteten Ansicht zu einer einzigen Subzentrale wiedervereint werden und das TIPNIS mit einer einzigen Stimme sprechen. Nach dem Willen vieler Widerstandsakteur*innen würde damit das umgesetzt, was bereits am 19. Mai 2010 auf der »XXIX. außerordentlichen Versammlung der Corregidores und Repräsentanten des TIPNIS« im Cabildo der Gemeinde San Miguelito del Río Isiboro beschlossen und in einer Resolution festgehalten wurde: »se decidió [en este encuentro] que se iba a hacer solamente una organización representativa. Entonces, si logras hacer eso, yo creo sería un paso importante«, kommentierte dazu Edgar Izurieta von der NGO CIPCA (Interview Izurieita 15.06.2019).²⁵ Ausgehend von diesem Standpunkt formulierte Cecilia Moyoviri

24 Übersetzung: »ich glaube, dass unsere Führungspersonen oftmals nicht an die Realitäten der Gemeindegemeindebewohner denken, die dort im Park leben. [...] Das heißt, sie haben sich von den Realitäten der Gemeinden getrennt.«

25 Übersetzung: »es wurde [auf diesem Treffen] beschlossen, nur eine einzige repräsentative Organisation zu machen. Also, wenn du das schaffst, glaube ich, wäre das ein wichtiger Schritt.«

(*Subcentral TIPNIS*) eine Forderung in Richtung des CONISUR: »*tendrían que hacer desaparecer lo que es el CONISUR y volver como era antes, [...] que es la subcentral [TIPNIS]*« (Interview Moyoviri 19.06.2019).²⁶

Héctor Tamo (CPEM-B) äußerte die Notwendigkeit eines Dialogprozesses im Territorium unter Einbeziehung der indigenen Gemeinden, der Klarheit über die Gestaltung der zukünftigen Organisation und Selbstverwaltung im TIPNIS liefern sollte. Dies könnte seiner Meinung nach in Übereinstimmung mit der im TIPNIS etablierten Praktik einer großen Gemeindeversammlung funktionieren, bei der es zu einer Aussprache zwischen den *comunarios* und den Indigenenorganisationen kommen solle (Interview Tamo 18.07.2019). Auch Alejandra Anzaldo, Direktorin des benianischen CIPCA-Regionalbüros, betonte die Notwendigkeit der Partizipation der Basisgemeinschaften bei der Konfliktlösung: »*quienes van a resolver [el conflicto] son los corregidores, la gente que vive en el TIPNIS [...]. Un encuentro de corregidores ya se debería llevar a cabo*« (Interview Anzaldo 25.05.2019).²⁷ An solchen Aussagen wird deutlich, dass letztlich nur die Basis eine neue Organisationsstruktur legitimieren könnte. Dies gilt ebenfalls für die Wahl von Repräsentationsämtern. Denn zum Erhebungszeitraum war nicht zu erwarten, dass eine Neuaustrichtung der Organisationsstruktur ohne einen Elitenwechsel und eine dazu notwendige Neuwahl von Autoritätspersonen auskommen könnte. Zum Zeitpunkt der Feldforschung schien es unwahrscheinlich, dass Cecilia Moyoviri und Marquesa Teco oder Domingo Nogales und Raquel Moya von der jeweiligen Gegenseite zur Führung des TIPNIS mandatiert werden würden.

5.7 Mehr Autonomie für das TIPNIS?

Edgar Izurieta (CIPCA) betrachtete die Möglichkeit eines Gemeindetreffens im TIPNIS außerdem als Chance, grundsätzlich über neue Formen der Selbstverwaltung des Territoriums zu reflektieren. Er plädierte für eine Diskussion über die Ausweitung von Autonomierechten. Emilio Noza aus dem Widerstandskreis innerhalb der *Subcentral Sécur*e sprach sich für eine größere Autonomie aus. Dazu sollten die Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die die Verfassung des Plurinationalen Staats Bolivien von 2009 bietet (Interview Noza 22.07.2019). Indigene Gruppen, die ein Territorium, eine Kultur, Geschichte und eigene juristische, politische, ökonomische und soziale Organisationsformen teilen, haben nach Verfassungsartikel 289 das Recht auf eine sogenannte *Autonomía Indígena Originaria*

26 Übersetzung: »sie müssten dafür sorgen, dass der CONISUR verschwindet und zu dem zurückkehren, wie es früher war, das ist die [TIPNIS-] Subzentrale.«

27 Übersetzung: »Diejenigen, die [den Konflikt] lösen werden, sind die Corregidores, die Leute, die im TIPNIS leben [...]. Es sollte schon ein Corregidores-Treffen stattfinden.«

Campesina (AIOC), also eine indigene, ursprüngliche und bäuerliche Autonomie (CPE 2009: Art. 289). Mit einer AIOC ist ein spezieller Autonomiestatus verknüpft, den TIOCs, Munizipien und Regionen erreichen können.²⁸

TIOC steht für *Territorio Indígena Originario Campesino* (indigenes, ursprüngliches, bäuerliches Territorium). Diese Kategorie wurde mit der Verfassung von 2009 (Art. 403) eingeführt und ersetzte den TCO-Begriff (*Tierra Comunitaria de Origen*). Seit dem 13. Juni 2009 ist auch das TIPNIS offiziell ein TIOC. Im Gegensatz zum TCO-Titel ist im TIOC-Titel von »territorio« statt »tierra« die Rede. Diese Veränderung war nicht trivial. Nach Kristina von Stosch (2010: 42) bezeichnet *tierra* (Land) im Kontext des bolivianischen Tieflands die physische Nahrungs- und Produktionsgrundlage. Im Unterschied dazu geht der *territorio*-Begriff über die Funktion als Lebensgrundlage indigener Völker hinaus und lässt sich als die Gesamtheit eines bestimmten Habitus verstehen, der mit kulturellen und religiösen Bedeutungen aufgeladen ist. Im Gegensatz zum bolivianischen Altiplano, wo *tierra* stärker im Vordergrund steht und als Gottheit *Pachamama* (Mutter Erde) verehrt wird, die das Ernteglück beeinflusst, sieht von Stosch (2010: 42) im Tiefland eine stärkere Verbindungen zwischen Mensch und Umwelt. Mensch und Umwelt, samt Wäldern, Pflanzen und Tieren, treten im *territorio* in eine Interaktion (etwa bei der Jagd).

Aus Sicht weiter Teile der tieflandindigenen Bevölkerung ist *territorio* der bevorzugte Begriff, wenn es um die Bezeichnung ihrer Gebiete geht. Dennoch war die Umbenennung ein Affront: Dies lag an dem Wort *campesino*, das weiten Teilen der tieflandindigenen Bevölkerung wie ein Etikettenschwindel vorkam, da es Siedlern und Bauern Territorialrechte einräumte, die diesen nach einer weit verbreiteten Auffassung nicht zustanden. Bis heute ist der TCO-Begriff in den indigenen Tieflandgemeinden im allgemeinen Sprachgebrauch geläufig, der TIOC-Begriff wird hingegen häufig vermieden (Tamburini 2019: 8; Interview Candia 16.05.2019; Interview Garbari 26.05.2019). Die näheren Bestimmungen zum Erwerb des AIOC-Status sowie zu den enthaltenen Rechten regelt das Autonomie- und Dezentralisierungsgesetz (Ley 031) (Estado Plurinacional de Bolivia 2010). Dieses wurde als Reaktion auf den Sieben tieflandindigenen Protestmarsch »für Territorium, Autonomie und die Verteidigung der Rechte der indigenen Völker« auf die politische Agenda gesetzt und im Juli 2010 eingeführt (abgeändert durch Ley 195 und Ley 705 in den Jahren 2011 und 2015). Umgangssprachlich ist das Gesetz unter dem Namen *Ley Andrés Ibáñez* bekannt und damit nach einem Revolutionsführer benannt,

28 Eine Region ist keine vorbestimmte Territorialeinheit. Sie kann aus verschiedenen Munizipien oder Provinzen bestehen, die sich zum Zweck des AIOC-Erwerbs zusammenschließen. Über Departement-Grenzen dürfen sie jedoch nicht hinausgehen (Tomaselli 2012: 27).

der in den 1870er Jahren eine autonome Regierung im Departement Santa Cruz eingesetzt hatte (Tomaselli 2012: 27).²⁹

Doch was würde die Umgestaltung des TIOC TIPNIS in eine AIOC bedeuten? Eine der augenfälligsten Veränderungen wäre, dass das TIPNIS nach einem eigenen Statut verwaltet werden könnte, in dem Leitlinien der wirtschaftlichen, sozialen, politischen, organisatorischen und kulturellen Entwicklung gemäß eigener Weltbilder definiert werden würden. Auf dieser Grundlage könnte schließlich eine autonome indígena Verwaltung (*Gobierno autónomo*) gewählt werden, die befugt wäre, Steuern zu erheben und damit über einen eigenen Finanzhaushalt verfügen könnte. Weitere Rechte umfassen eine eigene Gerichtsbarkeit, Infrastrukturplanung, Bildungs- und Gesundheitspolitik sowie die Nutzung und Verwaltung erneuerbarer Ressourcen. Auch die Kontrolle und Überwachung der Ausbeutung fossiler Bodenschätze gehört zu den Autonomie-Rechten (CPE 2009: Art. 304). Doch wie Stéphanie Rousseau und Hernán Manrique (2019) argumentieren, sind die bürokratischen Hürden zur Erreichung des AIOC-Status sehr hoch. Zu diesen gehört, dass in einem TIOC, der den AIOC-Status anstrebt, zunächst eine Mehrheit der Bevölkerung des Territoriums in einem Referendum dem Autonomiestatus zustimmen muss. Die administrativen staatlichen Vorgaben sind jedoch unklar, sodass Alexandra Tomaselli (2012: 26) von einem »Bolivian Autonomies‘ Labyrinth« spricht. Da der Staat, entgegen der ursprünglichen Idee des dezentralen Staatsaufbaus, auf hegemoniale Weise mittels administrativer Hürden die Kontrolle über Autonomieprozesse behält, sehen Rousseau und Manrique in den AIOCs ein Projekt staatlicher Vormundschaft über indígena Völker (Rousseau/Manrique 2019: 2). Bisher haben in Bolivien mit Charagua Iyambae, Uru Chipaya und Salinas de Garcí Mendoza erst drei Munizipien und mit Raqaypampa erst ein Territorium den AIOC-Status erreicht.

Nichtsdestotrotz wäre es nach Meinung von Edgar Izurieta (CIPCA) eine interessante Aufgabe, mit dem TIPNIS ein multiethnisches AIOC-Experiment zu wagen, auch wenn sich dahinter ein langwieriger Prozess mit geringen Erfolgsaussichten verbirgt. Widerstand wäre von Seiten der Munizipien (*municipios*), Provinzen (*provincias*) und Departements (*departamentos*) zu erwarten. Denn hinsichtlich dieser Verwaltungseinheiten ist das TIPNIS stark zergliedert: Es befindet sich mit San Ignacio de Moxos, Loreto, Villa Tunari und Morochata in vier verschiedenen Munizipien, die zu drei verschiedenen Provinzen gehören: Moxos, Chapare und Ayopaya. Während Moxos zum *departamento* Beni gehört, liegen der Chapare und Ayopaya im Einzugsgebiet Cochabamas. Zwischen diesen beiden Departements

29 Ibáñez' autonome Regierung hatte von Dezember 1876 an fünf Monate Bestand, bis sie am 01. Mai 1877 aufgrund zentralstaatlicher Repressionen aufgelöst und Ibáñez zum Tod verurteilt wurde.

schwelt seit der Gründung der Provinz Chapare 1854 ein geopolitischer Grenzkonflikt um die Isiboro-Sécuré-Region. Die Departementsregierungen von Beni und Cochabamba tragen den Grenzstreit mit Verweisen auf Normen und kartografisches Material des 19. und 20. Jahrhunderts aus. Während Cochabamba den Río Sécuré im nördlichen TIPNIS als natürliche Grenze sieht, beansprucht Beni das gesamte Territorium sowie Teile des Chapare in den Munizipien Entre Ríos, Chimore und Villa Tunari für sich (Mendoza 12.04.2013). Adhemar Mole, *presidente* der CPEM-B von 2016 bis 2019, erklärte im Interview, dass die Erreichung des AIOC-Status für das TIPNIS nur unter der Bedingung der vorherigen Lösung des interdepartementalen Grenzstreits möglich sei, die die politisch-administrative Zugehörigkeit des Territoriums klären müsste (Interview 03.06.2019). Dass diese schwierige Ausgangslage vielen Widerstandakteur*innen bewusst war, könnte eine Erklärung dafür sein, warum zwar viele Akteur*innen in den Interviews die Bedeutung von Autonomie im Sinne von Selbstbestimmung bzw. Selbstverwaltung betonten, aber nur wenige Forschungsteilnehmer*innen konkrete Schritte zur Aufnahme eines AIOC-Prozesses zur Neuausrichtung der Organisationsstruktur forderten.

Abbildung 8: Willkommensschild von Santísima Trinidad weist die Gemeinde im südlichen TIPNIS als Teil der Provinz Moxos im Department Beni aus.



Eigene Aufnahme, 03.07.2019.

Insgesamt wurden zum Feldforschungszeitpunkt die Möglichkeiten für jegliche Reformen der Organisationsstruktur des TIPNIS als schwierig eingestuft. Besonders die Umsetzung eines großen Gemeindetreffens im TIPNIS hielten einige Interviewpartner*innen für wenig realistisch. Einerseits aus Gründen knapper Ressourcen, die den zuständigen Indigenenorganisationen die Umsetzung einer solchen kostenintensiven Versammlung erschweren würden (Interview Daza 12.07.2019). Andererseits wurde die Notwendigkeit einer Kooperation und Einigung zwischen den rivalisierenden Leitungsteams der Indigenenorganisationen betont, vor allem zwischen den *dirigencias* der *Subcentral TIPNIS*, um der möglichen Neustrukturierung eine ausreichende Legitimität zu verleihen. Diese Annahme wurde von Akteur*innen beider Lager geteilt. Doch wurde gleichzeitig vorwurfsvoll auf mangelnde Kooperationsbereitschaft der jeweiligen Gegenseite verwiesen. Die CIPCA-Regionaldirektorin Alejandra Anzaldo gab an, weder von Domingo Nogales noch von Cecilia Moyoviri Initiativen beobachtet zu haben, ein solches Treffen zum Zweck einer Neuausrichtung der Organisationsstruktur des TIPNIS zu organisieren. Auch MAS-treue Akteur*innen wie der Geschäftsführer der Plurinationalen Behörde für Mutter Erde (APMT) Iván Zambrana bedauerten mangelnde Fortschritte im Einigungsprozess (Interview Zambrana 01.07.2019).